



● Fortsetzung von Seite 18

Der Präsident kann sich auf das Nationale Solidaritätsprogramm Pronasol berufen. In keinen Staat des Landes pumpt Salinas so viel Geld zum Bau von Behausungen und Infrastruktur wie in den Estado de México. Die angewachsene Zahl der Ärmsten zwang Salinas schon in seinem zweiten Amtsjahr, die Gelder für Pronasol von 750 Millionen auf 1 Milliarde Dollar aufzustocken. Im kommenden Jahr werden es 1,4 Milliarden Dollar sein.

Seine Fürsorge fürs Volk demonstriert der Präsident am liebsten im Zwei-Millionen-Slum Chalco. Es wurde gerade dunkel, als Salinas im Januar mit seinem Gefolge im Licht transportabler Scheinwerfer, eingehüllt in eine Wolke von Staub und höflichem Applaus, über die ungeteerten Wege zog. Salinas trat an einen eigens aufgestellten Holzpfosten: „Heute ist das Licht nach Chalco gelangt“, sagte er wehevoll und drückte den aufmontierten Schalter. Wieder Applaus. Das Stromnetz im Slum war eingeweiht.

Im Licht der Glühbirnen stieg Salinas von der Tribüne herunter und begab sich, als erster mexikanischer Präsident, zur Nachtruhe in eine Hütte. Regierungsmitglieder hatten sie Wochen zuvor ausgesucht und mit Toilette und hellblauem Teppich ausgestattet. Die Bewohnerin war für die



Freizeit in Mexiko-Stadt: Im „Jockey Club“ oder auf der Straße

Nacht bei einer Nachbarin einquartiert worden. Salinas legte sich hin und löschte das Licht.

Einige Monate später, während der „Nationalen Solidaritätswoche“, nächtigte der Präsident noch einmal im Bundesstaat Mexiko, diesmal im Provinznest San Felipe del Progreso, einer Hochburg der oppositionellen Cárdenas-Anhänger. Für die armen Indianerbauern der Region hatte er das Symphonieorchester des Staates anreisen lassen. Zwischen den staunenden Gästen saß der Präsident in beigefarbenem Wollponcho und lauschte Bizets „Carmen“.

Hoher Besuch beehrte auch Chalco noch einmal, jenen Ort, an dem „Gott nie vorbeigekommen ist“, wie die Bewohner sagen. Gottes Stellvertreter auf Erden, Papst Johannes Paul II., kam

im April, um zu den Ärmsten zu sprechen. Die drängten sich, die Füße im Schlamm, hinter einem Gitterverhau, den die Regierung aufstellt hatte, und hörten ihn kaum. Vorne war Mexikos „bessere Welt“ auf Stühlen plazierte, zur Kurzvisite im Slum.

Die Erinnerung an den Papst-Besuch ist im Slum lebendig. Der junge Kraftfahrer Chapulín frotzelt *siempre fiel* (immer treu), das Glaubensbekenntnis der Mexikaner. Ihm scheint der Papst-Besuch ein geschickter Schachzug des Präsidenten zu sein. Er murmelt einen bösen Fluch und sagt dann laut: „Der Papst? Eine Maske der PRI, um die Leute ruhig zu halten.“ Und Vicente fällt ein: „Es ist das System, ich sag's ja immer. Hier gibt es einfach keine Zukunft für uns.“

„Hör auf mit deinem individualistischen Trip, Herrgott noch mal“, fällt Yolanda ihrem Freund ins Wort. Yolanda ist aus Neza. Seit sie aus Geldnot ihr Medizinstudium abbrechen mußte, unterrichtet sie Grundschüler in Chalco. Was hier Schule genannt wird, ist nicht mehr als ein winziger Raum aus rostigem Wellblech. Lehrer, Schüler und Eltern haben die Hütte selbst aufgebaut.

Der Schulunterricht ist ein Projekt verschiedener Basisgruppen aus Neza. Seit zwei Jahren arbeiten deren Mitglieder auch in den umliegenden Slums. Für Yolanda ist Schulunterricht auch ein politisches Projekt: „Wie sollen die Leute hier

eine eigene Meinung entwickeln, ohne lesen und schreiben zu können?“

Mit der staatlichen Wohlfahrtsorganisation Pronasol ist auch ein leuchtend blau-weiß gestrichener Laden in den Slum gekommen. Dort gibt es subventionierte Milch und Wasser. Täglich rumpleln Tankwagen, *Solidaridad-Camions*, durch die Schlaglöcher und füllen die Wasserfässer der Menschen auf. Eine Einwohnerin sagt, sie wolle für den Kandidaten der Regierungspartei stimmen: „Erstens gewinnt ohnehin immer die Regierung, und zweitens teert sie uns vielleicht die Wege.“

Nebenan, im Slum Lomas de la Estancia, ist die Stimmung gespannt. Hier hat Yolanda zwei Jahre lang Frauen aus der Provinz Lesen und Schreiben gelehrt. Abigail, eine ehemalige Schülerin Yolandas, empfängt uns in ihrer Einzimmerhütte auf einem Hügel, dessen Buschwerk zusehends verschwindet, weil neuereintreffende Siedler aus der Provinz Tag für Tag neue Hütten bauen. Fast tausend Menschen sollen täglich in der Hauptstadt eintreffen, zumeist verarmte Bauern, die hoffen, hier ein Auskommen zu finden. Unaufhörlich füllt sich das Tal von Mexiko mit Elendsbauten. Abigail hat inmitten dieser massenhaften Armut rote und gelbe Blumen in Blechbüchsen gepflanzt und sie vor ihren Spültrog gestellt.

Carina schaut kurz herein. Sie sieht häßlich aus mit ihrer fahlen fleckigen Haut und dem strähni-gen Haar. Sie ist 28 Jahre alt. Abigail gewährt ihr in einem dunklen, leerstehenden Raum Unterschlupf. Ihr Mann hat sie mit sechs Kindern sitzengelassen. Das jüngste Kind liegt mit schweren Geburtsschäden, bedingt durch die Unterernährung der Mutter, im Krankenhaus. Carinas zweijährige Tochter ist herzkrank. Einen Arzt, der sich um das Kind kümmert, gibt es nicht.

Abigail ist kein Einzelfall. Joaquín Cravioto, ein anerkannter Ernährungsspezialist, Kinderarzt, Chirurg und Psychologe, beobachtet, daß immer mehr mexikanische Familien zerbrechen. Der Alkoholismus unter verzweifelte Männer nehme zu, weil sie glauben, ihre Familien nicht mehr durchbringen zu können. Viele wandern in die USA aus. Oft hören die Zurückgebliebenen nichts mehr von ihnen.

Durch Frauen- und Kinderarbeit versuchen die Mexikaner, ihre Einkommenseinbußen auszugleichen. Trotzdem sinkt der Lebensstandard. Neun von zehn Millionen Mexikanern wurden im letzten Jahrzehnt in Armut geboren. Kinder, sofern sie nicht selbst arbeiten, bleiben unbeaufsichtigt. Millionen von ihnen haben das Gefühl der Zusammengehörigkeit der Familie nie erfahren und können daraus keine Kraft schöpfen. „Den Preis wird die nächste Generation bezahlen müssen“, warnt der Arzt Joaquín Cravioto.

In dem Meer von Armut und Hoffnungslosigkeit schwimmen die wenigen Mittel- und Oberschichtgemeinden wie Inseln. „Wir stecken im Sumpf“, klagt Veronica, die ein Geschäft im neu eröffneten Shopping Center „Las Fuentes“ besitzt. Die elegante Dame im bordeauxfarbenen Kostüm hat Angst: „Die Armen werden uns überschwemmen.“ Bis an die Grenzen ihres schicken Wohnviertels sind die Ärmsten vorgedrungen. Um die Bedrohung durch die wachsende Verelendung von ihren Haustüren fernzuhalten, gründeten Bewohner des Villenviertels vor fünf Jahren die wohltätige Organisation Caritas. Über das Pfarramt haben ihre armen Nachbarn nun Zugang zu den Caritas-Spenden: Gratzmahlzeiten, ärztliche Versorgung und Kochstunden. Seither lebt Veronica etwas ruhiger.

Die langjährige PRI-Anhängerin ist, enttäuscht über Vetternwirtschaft und Korruption in der Regierungspartei, übergewechselt in die konservative Nationale Aktion (PAN), die dort, wo es den Menschen gut geht, ihre Hochburgen hat. „Wir suchen eine Führungspersonlichkeit hier in Mexiko“, sagt sie bestimmt, „aber sie muß ehrlich sein.“ Sie zapft an ihrer cremefarbenen Bluse. „Wenn wir weitermachen wie bisher ... dann ...“, sie schaut besorgt, „dann ... aber *no*, *no*, kippen wird es hier nicht, davor behüten uns die USA. Stellen Sie sich die Massen vor, die in die Vereinigten Staaten eindringen würden.“

Um die Modernisierung der verkrusteten Regierungspartei einzuleiten, rief *el presidente* die PRI Anfang September zur Vollversammlung. Er verkündete jedoch, Änderungen innerhalb der Partei hätten dem Sieg zu dienen und nicht dem Zweck, die Macht abzutreten.

Salinas' politischer Spielraum wird vom Wahlsultat im Bundesstaat Mexiko entscheidend beeinflusst. Denn im kommenden Jahr wird der ganze Kongreß und der halbe Senat neu gewählt. Bislang hat sich Salinas mit der Mehrheit seiner Partei innerhalb der Legislative die Annahme seines radi-

kalen Wirtschaftsprogrammes sichern können. Die Manöver und das Tauziehen rund um die Wahlen im Estado de México sind längst undurchschaubar geworden. Die großen Parteien tauschen im Streit um die Macht Kandidaten aus und ergeben sich in gegenseitigen Anschuldigungen und internem Gerangel. Derweil verliert die Bevölkerung den Glauben an die Wahlen als Möglichkeit, Veränderungen herbeizuführen. Viele Mexikaner werden voraussichtlich gar nicht erst abstimmen.

Präsident Salinas fühlt, daß seine Macht zunehmend von der PRD bedroht ist, da er seinem Volk bisher den Beweis für das vielversprochene



bessere Leben schuldig geblieben ist. „Weil die PRD das Zeug hat, Mehrheitspartei zu werden, und weil sie Salinas' Wirtschaftsprogramm der Öffnung kritisiert, gibt die Regierung ihr keine Entfaltungsmöglichkeiten“, sagt der Politikwissenschaftler Lorenzo Meyer. „Das ist die Tragödie dieser Opposition.“

Im April legte Cárdenas' PRD-Partei der Menschenrechtskommission der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) Beweise für politisch motivierte Gewalttaten vor, darunter Morde an PRD-Anhängern im Bundesstaat Guerrero. Die Opposition hatte im Anschluß an die Lokalwahlen in verschiedenen Ortschaften Regierungsgebäude besetzt, um die Behörden zur Anerkennung des PRD-Sieges zu zwingen. Vergeblich. In den Bundesstaat Michoacán schickte Salinas sogar die Armee, um die Gemeindehäuser zu räumen. Die OAS-Menschenrechtskommission nahm die Klage an. In einem Antwortschreiben räumte die mexikanische Regierung nur „militärische Operationen“ ein. Um der Kritik an der harten Regierungspolitik und der wachsenden Gewalt durch die Polizeikräfte zu begegnen, hat Salinas eine eigene Nationale Menschenrechtskommission gegründet.

Wie reagieren die USA auf die wachsende Repression in Mexiko, dem lateinamerikanischen Musterland der neuen Wirtschaftspolitik? „Die Vereinigten Staaten verschließen keineswegs die Augen vor den Geschehnissen. Was sie schließen, ist der Mund. Deshalb wird in Mexiko alles prima laufen“, sagt ein westlicher Diplomat ganz un-diplomatisch.

Gewiß, die USA würden lieber Parteienpluralismus und Demokratie sehen, meint Lorenzo Meyer, doch die Demokratie berge ein Risiko: „Es könnte sein, daß sich Präsident Bush auf einmal mit einem Präsidenten namens Cárdenas auseinandersetzen muß.“ Damit wären Stabilität und Freihandelsabkommen bedroht. „Deshalb kann Salinas hier ohne viel Demokratie weitermachen.“

Salinas' autoritärer Kurs ist der Nährboden, auf dem neue Guerillagruppen heranzuwachsen drohen – nicht mehr, wie früher, kommunistische Kämpfer, sondern militante Aufständische, getrieben durch den Hunger. Zum ersten Ausbruch von Gewalt kam es im Frühjahr. Eine Guerillaorganisation, die den bewaffneten Kampf in den siebziger Jahren zunächst aufgegeben und nun wieder aufgenommen hat, terrorisierte die Hauptstadt durch Mordanschläge. Die Regierung reagierte. Durch Großrazzien konnte die Polizei die Anführer fassen. Die Gesetzeshüter durchkämmten die Region rund um die Hauptstadt bis zu den Slums von Chalco, um die Anhänger der Guerilla zu finden. „Wo werden wir enden?“ seufzt Lorenzo Meyer. „Wenn es so weitergeht, bleibt bloß die Gewalt.“ Er bricht ab. Setzt wieder an: „Gewalt in Mexiko ... du meine Güte, davon hatten wir schon reichlich ... grenzenloses Leid die ganzen Revolutionsjahre hindurch, dann die siebziger Jahre mit den Toten, den Verschwundenen, den Gefolterten ... vor der Gewalt haben wir alle Angst.“

Eines Nachts ruft Yolanda an. Sie hört sich aufgeregt an. Zusammen mit Lehrern, Schülern und Eltern hat sie den ganzen Tag lang vor dem Gouverneurspalast für die Anerkennung ihrer Schule in Chalco demonstriert. „Wir haben's geschafft. Wir sind empfangen worden.“ Sie wird ein Drittel eines kümmerlichen Lehrerlohnes erhalten. Sie ist trotzdem zufrieden. „Gäbe es den Wahlkampf nicht, hätte uns der Gouverneur niemals beachtet.“

Mexiko und die USA

Bald ein Markt

Es war ein historischer Tag: Am 10. Juni verkündeten Mexikos Präsident Carlos Salinas de Gortari und US-Präsident George Bush, daß die beiden Staaten ein Freihandelsabkommen abschließen wollen. Für die mexikanische Politik eine Kehrtwende: Erstmals strebt ein Präsident die Öffnung für den nordamerikanischen Markt an.

Ein Freihandelsabkommen, heißt es in der gemeinsamen Erklärung der beiden Präsidenten, sei das „beste Vehikel zur Herstellung anhaltenden Wirtschaftswachstums“. Vorgesehen sind: die schrittweise Abschaffung aller Handelsbarrieren; Schutz geistigen Eigentums; Einrichtungen, die in Streitfällen schnell schlichten können; Ausbau des Waren- und Investitionsflusses. Für Mexiko bedeutet das geplante Freihandelsabkommen einen radikalen Bruch mit der bisherigen Politik: Bis zum vergangenen Jahr verboten Gesetze Mehrheitsbeteiligungen ausländischer Firmen. Der Handel war strengen Regeln unterworfen, um Importe zu vermeiden.

Die USA sind der wichtigste Handelspartner Mexikos. Zwei Drittel des mexikanischen Außenhandelsvolumens entfallen auf Geschäfte mit dem nördlichen Nachbarn. Jetzt fürchten viele Mexikaner, das Freihandelsabkommen werde das nur ungleiche Kräfteverhältnis beider Vertragspartner spiegeln. Zum einen argwöhnen die Mexikaner, das für sie zentrale Problem der Einwanderung von Arbeitskräften

in die USA werde in dem Vertrag ausgeklammert. Zum andern verdichten sich die Gerüchte, die USA suchten sich durch das Abkommen den Zugriff auf die Erdölindustrie sichern – einen Pfeiler der mexikanischen Wirtschaft und im Selbstverständnis der Bevölkerung Symbol der nationalen Unabhängigkeit. Präsident Salinas beteuert, daß die Erdölindustrie nicht in den Vertrag aufgenommen werden soll. Er treibt das Projekt in großer Eile voran, weil er hofft, daß die wirtschaftliche Öffnung seinem Land ausländische Investitionen und dringend benötigte Arbeitskräfte bringen wird.

Die beiden Präsidenten betonten in ihrer Erklärung, daß das bilaterale Abkommen die Verhandlungen der Gatt-Runde (Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen) ergänzen solle. Mexiko, seit seiner Öffnung für das Gatt vor vier Jahren eines der Länder mit freiem Marktzugang, erhofft von den Gatt-Verhandlungen den Abbau der US-Handelschranken.

Die Gespräche über das Freihandelsabkommen sollen im kommenden Jahr anlaufen. Kann der Vertrag, wie geplant, in eineinhalb Jahren unterzeichnet werden, entsteht fast zeitgleich mit dem europäischen Binnenmarkt die nordamerikanische Handelszone mit mehr als 360 Millionen Menschen. Denn zwischen den USA und Kanada ist bereits vor mehr als einem Jahr ein Freihandelsvertrag abgeschlossen worden.

N.H.